

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift:
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Brothenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonten:
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 243.

Dienstag, 17. Oktober 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Verhältnissen der Abnahme und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und unbilliger Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rodat erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontanz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Weide“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Distribution oder der Verbreitungseinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Große Verwirrung in Genf.

Abrüstungskonferenz bis zum 26. Oktober vertagt.

Französische Stimmen für Verhandlungen mit Deutschland.

* Paris. Die Genfer Sonderberichterstatter der großen Pariser Informationsblätter unterzeichnen am Montag die allgemeine Verwirrung, die in Völkerverbindungen im Anschluß an den Austritt Deutschlands aus der Genfer Einrichtung herrscht. Als besonders charakteristisches Zeichen hierfür hebt der Außenminister des „Echo de Paris“, Fernand, den Umstand hervor, daß Simon und Paul-Boncour seit dem Sonnabend noch keine Gelegenheit gefunden hätten, in einen Meinungsaustausch über die neu-geschaffene Lage zu treten. Die beiden Außenminister hätten sich lediglich am Sonntag einen Augenblick in den Verhandlungen des Völkerverbindungsgebäudes unterhalten. Man habe dabei beobachtet können, daß sich der englische Außenminister starke Zurückhaltung auferlegt habe. Ganz allgemein könne man feststellen, daß in Genf größte Verwirrung herrsche. Keine der dort vertretenen Regierungen habe bisher irgendeine feste Haltung angenommen. Man habe sich lediglich dahin geeinigt, das Telegramm des Reichs-außenministers, in dem die Gründe für den Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund auseinandergesetzt seien, mit einem kurzen Brief zu beantworten, der jedoch in allerhöchster Form gehalten werde. Fernand fordert, daß man den Völkerverbund sobald wie möglich auflösen sollte, die Rolle zu spielen, die ihm als Völkerverband der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages zufalle. Es handle sich nicht darum, vom Völkerverbund irgendeine wirksame Tat zu erwarten, zu der er unfähig sei. Aber gerade die Aufstellung der Militärfrage und die Meinungsverschiedenheiten, die dabei auftauchen würden, würden selbstständig den Paragraphen 7 des Artikels 15 des Völkerverbandsabkommens in Kraft treten lassen, wonach jedes Land seine volle Handlungsfreiheit wiedergewinne.

Das „Journal“ unterstreicht, man habe am Sonntag in Genf französischerseits darauf gedrungen, vor dem Ausdein-dergehen eine Entschleunigung zu lassen, die die Bedin-gungen nennt, unter denen eine Rückkehr Deutschlands nur möglich sein sollte. Leider hätte sich die französische Abord-nung mit ihrer Entschleunigung nicht durchsetzen können. Es seien kaum 24 Stunden nach dem Austritt der Reichsregie-rung verstrichen und schon gäbe es leider zu viel Wägen, die geneigt seien, unter allen Umständen eine Wiederverbin-dung anzustreben. Man müsse leider feststellen, daß die verschiedenen Genfer Abordnungen wohl davon entsetzt seien, die Energie und gemeinsame Auffassung zu zeigen, die angeht die deutsche Herausforderung wünschenswert wäre.

* Paris. Der ehemalige französische Vorkonferenztier in Rom, Henry de Jouvenel, der regen Anteil an dem Aus-standkommen des Viererpaktes hat, erklärt am Montag im „Excelsior“, daß dieser Fakt in seinem Artikel 3 gerade den Fall vorgegeben habe, daß die Abrüstungskonferenz scheitern könnte und die Verhandlungen dann im Rahmen des Viererpaktes fortgesetzt würden. Da es sich jetzt, wie ausdrücklich in diesem Artikel hervorgehoben werde, um die Regelung gewisser Fragen handle, die Deutschland und die anderen Unterzeichner des Vertrages angingen, bestehe keinerlei Veranlassung, die Verhandlungen nicht im Rah-men dieses Paktes fortzusetzen. Die französisch-englische Front, die, so sagt de Jouvenel hinzu, sich in Genf bewährt habe, werde sich ebenso bei den Verhandlungen im Rahmen des Viererpaktes bewahren.

Auch das „Deuore“ tritt für die Fortsetzung der Ver-handlungen ein. Wenn auch zugegeben werden müsse, daß der Viererpakt juristisch gesehen nach dem Austritt Deutsch-lands aus dem Völkerverbund keine Existenzberechtigung mehr habe, so dürfe man sich unter den gegenwärtigen Umständen doch nicht zu sehr durch juristische Erwägungen leiten lassen.

Die „Volonté“ fordert die französische Regierung auf, das Angebot des Führers anzunehmen und in direkte Ver-handlungen mit der Reichsregierung zu treten. Man dürfe sich in Frankreich nicht einbilden, daß es möglich sei, ein 65-Millionen-Volk, das zum Ausschlag der Runtz und Wissenschaft so viel beigetragen habe, von der europäischen Karte zu streichen. Direkte deutsch-französische Verhandlungen würden außerdem der beste Ausfall für die Rückkehr Deutschlands in den Völkerverbund bilden. Wenn es auch den gegenwärtigen Anschein habe, so sei der Augenblick für der-artige Verhandlungen doch recht günstig. Man brauche nur aufmerksam die große Rede des Führers zu lesen, um fest-zustellen, daß sie über das Gend des deutschen Volkes und die Bemühungen der nationalsozialistischen Regierung Aus-führungen von ergreifender Aufrichtigkeit enthalte. Gegen-über Frankreich habe der Führer eine Geste gemacht, die selbst der bei den französischen Sozialisten so beliebte Pränzipium niemals gewagt hätte. Die Wachsamkeit könne Frankreichs Deuile bleiben, aber das Vertrauen dürfe nicht zur Regel werden.

Deutscher Bauer an die Front!

Von Hellmut Körner, M. d. R., Landesbauernführer.

Ich, der deutsche Bauer war in den letzten Monaten und Wochen nach Jahren harten politischen Kampfes dazu übergegangen, mit der planmäßigen und sachlichen Aufbauarbeit zu beginnen. Wir standen kurz vor Abschluß der ersten Aufbauperiode. Witten in diese Arbeit hinein erkant der Ruf unseres Führers zu erneutem politischen Kampf. In diesem Kampf wird die durch Adolf Hitler und den Reichsbauernführer Walter Darré zusammengeschlossene deutsche Bauernfront ihre Feuerkraft zu bestehen haben. Der Wahlkampf der nächsten Wochen unterseidet sich von den Wahlkämpfen der vergangenen Epochen dadurch, daß er unter ganz anderen Gesichtspunkten geführt wird. Es gilt nicht, für die verschiedenen Parteien und Interessentengruppen mit mehr oder weniger hochtönenden Versprechungen Stimmen zu werben, sondern es kommt darauf an, das gesamte deutsche Volk zu einer einheitlichen starken Willensäußerung der ganzen Welt gegenüber zusammen-zureihen. Der Bauer soll im Staat Adolf Hitlers der erste Mann sein, er hat deshalb auch in dem kommenden Wahl-kampf in vorderster Front zu stehen.

Es kann sich für uns in den Wochen vor dem 12. No-vember nicht darum handeln, in eine fruchtlose Diskussion über politische und agrarpolitische Tagesfragen einzutreten. Sein denkender Mensch, der die Ehre genießt, sich zum deut-schen Bauernstand rechnen zu dürfen, kann beitreten, daß die nationalsozialistische Regierung nicht nur den besten und stärksten Willen gezeigt hat, dem Bauern das zu geben, was des Bauern ist, sondern daß sie auch grundlegende Erfolge

zu verzeichnen hat, daß sie Taten vollbracht hat, die für den Bauern eine Zeitenwende herbeiführen, deren Bedeutung wir heute noch nicht ermessen können. Die Befreiung des Bauern, aus den Klauen des liberalistischen Kapitals durch das Erbhofgesetz, die Lösung der Bauernwirtschaft von den Schwankungen der Konjunktur und aus der Abhängigkeit von der Börsenspekulation durch das Gesetz über die Befreiung der Preise, soweit es die Kaufkraft der Bevölkerung erlaubt und endlich das Landhandelsgesetz, das den Bauern die Möglichkeit gibt, sich zu einem Stande von uner-schütterlicher Kraft zusammenzuschließen, sind die untrüglichen Zeichen des Willens und der Tatbereitschaft der nationalen Führung.

Wir deutschen Bauern werden dem Kampfruf des Führers freudig folgen, weil wir wissen, daß wir nur durch Einigkeit bis zum letzten dem Führer einen kleinen Teil des Dankes abstatten können, den wir ihm schuldig sind. Es gibt für uns Bauern am 12. November nur eine ganz klare Entscheidung:

Entweder wir sind für Adolf Hitler und damit für ein neues deutsches Bauerntum und eine neue große Zukunft der Nation, oder wir sind gegen Adolf Hitler und damit für Deutschlands Untergang. Wir deutschen Bauern wollen und werden am 12. November ein klammendes Bekenntnis ab-legen zur nationalsozialistischen Idee, unserem Bauernführer Adolf Hitler, zum Bauernführer Walter Darré und zum kommenden Deutschland.

Die Sowjetpresse zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund.

* Moskau. Die gesamte sowjetrussische Presse be-schäftigt sich mit der Frage des Austritts Deutschlands aus dem Völkerverbund. Die „Pravda“ schreibt u. a.: Der Aus-tritt Deutschlands hat das wacklige Gebäude in Genf sehr stark erschüttert. In Genf wurde in der letzten Zeit so viel nutzlos geredet und geklärt, daß man niemals ernstlich an irgendwelche politischen Dinge herankommen konnte. Des-wegen wird die Erschütterung des Völkerverbundes bei uns kein Bedauern hervorrufen. — Die „Iswestija“ betont, daß der Austritt Deutschlands unbedingt die Entscheidung über das Weiterbestehen des Völkerverbundes bringen müsse. Der Völkerverbund habe sich politisch so stark blamiert, daß an seinem Fortbestehen gar nicht mehr zu denken sei. In den Augenblicken, in denen an ihn Entscheidungen herantraten, versagte er und versuchte, sich unter die Decke der nutzlosen Entschleunigungen zu verstecken.

Italien will vermitteln.

* Rom. Ein Leitartikel im „Giornale d'Italia“, der „Wiederaufnahme der Aktion“ betitelt ist, behauptet die bereits geäußerte Annahme, daß Italien von neuem als aktiver Vermittler in der Abrüstungsfrage aufzutreten be-abzichtigt. Nach Ansicht des halbamtlichen Leitartiklers Ganda ist die Behauptung gewisser ausländischer Blätter vollkommen falsch, daß nunmehr alle Brücken abgedrochen seien und jedes Land mit Ausnahme Deutschlands in bezug auf die Rückung volle Handlungsfreiheit wiedergewonnen habe. Italien halte die Brücken nicht für abgedrochen und die Tür nicht für zugeschlagen.

Paul-Boncour und Sir John Simon in Paris.

Paris. Außenminister Paul-Boncour traf heute früh in Paris ein. Mit dem gleichen Zuge langte der eng-lische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Sir John Simon, an, der heute nach London weiterreist.

Bis 26. Oktober vertagt

* Genf. Der Hauptausfluß der Abrüstungskonferenz trat Montag nachmittag vor überfülltem Saal und Tri-bünen zusammen. Der deutsche Sitz, der sich unmittelbar neben der Präsidententribüne befindet, bleibt leer. Die deutschen Beamten des Völkerverbundssekretariats sind eben-falls auf der Sitzung nicht erschienen.

Präsident Henderson eröffnete die Sitzung mit einem kurzen zusammenfassenden Bericht über die letzten Verhandlungen. Eine grundlegende Veränderung habe jetzt ein neues Arbeitsprogramm notwendig gemacht.

Henderson verteilte sodann wörtlich die Note des deut-schen Außenministers vom 14. Oktober, ebenso wie die in der vorhergehenden Sitzung des Präsidiums angenommene Antwortnote, die vom Saal mit Beifall angenommen wird. Henderson schrieb von sich aus hinzu, daß die Erklärungen der deutschen Regierung über den bereits festliegenden Mißerfolg der Abrüstungskonferenz und fehlenden Ab-rüstungswillens der schwergerüsteten Mächte nicht unent-gegnet bleiben könnten.

Die Antwortnote an Deutschland wurde sodann vom Hauptausfluß ohne weitere Aussprache in der von uns be-reits gestern veröffentlichten Fassung angenommen.

Im Anschluß an die von Henderson vorgetragene Reso-lution in der Sitzung der Generalkommission erklärten die Vertreter Polens, der Türkei und Russlands, sie hätten den Resolutionstext eben erst erhalten und seien zu den vorher-gegangenen Verhandlungen nicht hinzugezogen worden. Unter diesen Umständen seien sie nicht ohne weiteres in der Lage, der Resolution zuzustimmen und bezielten sich ihre Stellungnahme vor. Der Vertreter von Ungarn erklärte, daß sein Land sich wegen seines entworfenen Zustandes ebenfalls in besonderer Lage sehe.

Die Erklärungen der vier genannten Vertreter wurden von der Generalkommission als Stimmhaltung aufgefaßt. Henderson antwortete auf die Erklärungen ziemlich erregt. Es wurde beschlossen, die Note abzujenden, und festgestellt, daß sie mit den genannten Reserven angenommen worden sei.

Es wurde ferner beschlossen, das Büro bis zum 25. Ok-tober und die Generalkommission bis zum 26. Oktober zu vertagen. Henderson sprach die Hoffnung aus, daß die Re-gierungen in der Zwischenzeit ihre Vertreter mit Instruk-tionen versehen möchten, die den baldigen Abschluß einer Konvention ermöglichen.

Der Gesamtindruck ist der einer allgemeinen An-sücherheit und des Gefühls, daß die Aktion durch die abgegebenen Erklärungen an Schlagkraft eingebüßt hat.

Amerika hält sich fern

Da die durch Deutschlands Austrittserklärung geschaf-fene Lage nicht als beunruhigend betrachtet wird, wird das amerikanische Außenministerium auch keine Schritte in dieser Angelegenheit unternehmen. Die Vereinigten Staaten seien lediglich und ausschließlich nach Genf gegangen, um an den Abrüstungsarbeiten mitzuwirken. Von der Erörterung rein europäischer Fragen werde Amerika sich strikt fernhalten. Norman Davis bleibt einsteilen in Europa, um die Re-gierung über die Entwicklung der Abrüstungsfrage auf dem Laufenden zu halten.